Detailansicht des Registereintrags

BP Europa SE

Aktuell seit 04.11.2026 08:31:43

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer:	R001753
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	04.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: BP Europa SE Überseeallee 1 20457 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +4923443663333 E-Mail-Adressen: info@de.bp.com Webseiten: www.bp.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Postfach 80116 10001 Berlin Telefonnummer: +4923443662409 E-Mail-Adresse: officeberlin@bp.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2.070.001 bis 2.080.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
4,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Patrick Wendeler**
   Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Christine Kantelhardt**
   Funktion: Vorstand
3. **Sebastian Schieberl**
   Funktion: Vorstand
4. **Sebastian Schulte**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Enno Harks Dipl. Ökonom**
2. **Carsten Pöhl**
3. **Alexander Junge**
4. **Antonia Selchow**
5. **Alexander Klatte**
6. **Patrick Wendeler**

Mitgliedschaften (37):
1. Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (ASW)
2. Allianz Wasserstoffmotor e. V.
3. Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany e. V. (aireg)
4. British Chamber of Commerce in Germany e. V. (BCCG)
5. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
6. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)
7. Bundesverband der Zahlungs- und E-Geld-Institute e. V. (BVZI)
8. Bundesverband Energiespeicher Systeme e. V. (BVES)
9. Bundesverband Tankstellen und Gewerbliche Autowäsche Deutschland e. V. (BTG)
10. Charta der Vielfalt e. V.
11. Clean Energy Partnership e. V. (CEP)
12. Collegium
13. Das Demographie Netzwerk e. V. (ddn)
14. Deutsches Institut für Normung e. V. (DIN)
15. Deutsches Verkehrsforum e. V. (DVF)

16. EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler e. V.
17. e-Mobility Deutschland e. V.
18. Forschungsvereinigung Antriebstechnik e. V. (FVA)
19. Forum für Zukunftsenergien e. V.
20. Gaskoalition
21. German Business Aviation Association e. V. (GBAA)
22. Industrieverband Hamburg e. V. (IVH)
23. INSPIRE - Institut für praxisorientiertes integriertes Recht der Elektromobilität e. V.
24. Interessengemeinschaft der regionalen Flugplätze e. V. (IDRF)
25. KlimaDiskurs.NRW e. V.
26. Prepaid Verband Deutschland e. V. (PVD)
27. UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e. V.
28. VDMA e. V.
29. Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
30. Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V. (VDE)
31. Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen e. V. (VBW)
32. Vereinigung Deutscher Autohöfe e. V. (VEDA)
33. Weltenergierat - Deutschland e. V.
34. Wirtschaftsforum der SPD e. V.
35. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
36. Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. (en2x)
37. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die BP Europa SE (nachfolgend „bp“) beschäftigt in Deutschland rund 1.600 Mitarbeitende, hauptsächlich in Hamburg, Bochum, und Lingen (Ems). Die Interessenvertretung im Sinne des Lobbyregisters wird von bp-Beschäftigten des Bereiches External Affairs selbst betrieben.
bp betreibt in Deutschland eine Raffinerie in Lingen und produziert und vertreibt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe sowie petrochemische Produkte. Mit den Produkten und Dienstleistungen unter den Marken bp und Aral erreicht bp in Deutschland täglich Millionen Kund:innen. Mit über 2.400 Tankstellen ist Aral der größte Anbieter im deutschen Markt. Unter der Marke „Aral pulse“ bietet bp ein wachsendes Ladenetz mit mittlerweile über 4.000 Schnellladepunkten für schnelles und ultraschnelles Laden von Elektrofahrzeugen an und zählt

damit zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen.
Gegenüber Bundestag und Bundesregierung bringt sich bp im Hinblick auf die Ausgestaltung von politischen Rahmenbedingungen, die für das Geschäft von bp relevant sind, ein. Dazu zählen Themen wie Elektromobilität, Mobilität und Tankstelleninfrastruktur, emissionsärmere, unter anderem strombasierte und gasförmige Kraftstoffe für PKW, LKW und Flug- und Schiffsverkehr (z. B. Sustainable Aviation Fuels), Wasserstoffprojekte, Importe von LNG und Ammoniak, der nationale Emissionshandel und die Umsetzung des EU ETS in Deutschland. Darüber hinaus geht es um zukunftsweisende Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien in Bezug auf Raffinerien, den Gebäude- und Wärmemarkt, Steuer- und Beschäftigungspolitik, Sicherheitsvorgaben, Versorgungssicherheit, Umweltthemen wie Kreislaufwirtschaft und Recycling sowie die Entwicklung der Strommarktdesigns in Deutschland. Außerdem setzt sich bp für eine diskriminierungsfreie, vielfältige Gesellschaft und Arbeitswelt ein.
Im Rahmen dieser Interessenvertretung steht bp mit Vertreter:innen der Bundesregierung und des Bundestages im Austausch und bringt die unternehmerische Perspektive über direkte Kontaktaufnahmen und über die Mitarbeit in Verbänden in den politischen Prozess ein. Auch liefert bp Expertise, wenn diese von Vertreter:innen des Bundestages und der Bundesregierung angefragt wird, z. B. bei Anhörungen, in Expertenkreisen, bei Standortbesuchen oder auch im direkten Gespräch. bp arbeitet mit Wirtschafts- und Industrieverbänden zusammen und ist im regelmäßigen Austausch mit Think Tanks und NGOs. bp unterstützt Forschungsprojekte, Initiativen und Konferenzen zu politischen, (energie-)wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen und führt begleitende Kommunikationsmaßnahmen durch, z. B. mit Stakeholder-Veranstaltungen etc.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. **Verschiedene Änderungen der 36. BImSchV**

   Beschreibung:
   bp befürwortet die Anhebung der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) gemäß § 37h des
   Bundes-Immissionsschutzgesetzes um 0,1 Prozentpunkte.

   Änderungen der UERV haben wir zur Kenntnis genommen und aufgrund von getätigten Investitionen in Projekte, die wir nach aktuell geltender Rechtslage getätigt haben, plädieren wir für klare Übergangsregelungen im Rahmen der Beendigung dieser Projekte.

   Referentenentwurf:
   Verordnung zur Änderung der sechsunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Datum der Veröffentlichung: 21.02.2024
   Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   UERV [alle RV hierzu]; BImSchV 36 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406240138** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Verschiedene Änderungen 37. BImSchV**

Beschreibung:
Co-Processing sollte im Einklang mit EU-Recht und dem SAF-Mandat als Compliance-Option vollumfänglich akzeptiert werden.
Ambitionierte nationale und EU- Ziele sollten mit erweiterter Rohstoffliste einhergehen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/9844 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Verordnung zur Neufassung der siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - (Verordnung zur Anrechnung von strombasierten Kraftstoffen und mitverarbeiteten biogenen Ölen auf die Treibhausgasquote - 37. BImSchV)
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf einer Verordnung zur Neufassung der 37. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406240113** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.04.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Verschiedene Änderungen im BImSchG**

Beschreibung:
Die gemeinsame Verarbeitung von immer mehr biogenen Ölen sowie von RFNBOs oder grünem Wasserstoff neben Rohöl ist ein kosteneffizienter Weg zur Dekarbonisierung des Brennstoffpools, ein von der ASTM zertifizierter Weg und eine Option für die Einhaltung von ReFuelEU Aviation und RED II in Europa. Dies bedeutet, dass Co-Processing auf der Ebene der Mitgliedstaaten zulässig sein sollte, ohne dass weitere Beschränkungen in Bezug auf die zulässigen Rohstoffe eingeführt werden. Es bedarf einer zügigen Annahme der neuen Rohstoffe, die in die jüngste Überarbeitung von Anhang IX aufgenommen wurden, indem förderfähige Zwischenfrüchte und ihr Wachstum auf degradierten Flächen als fortschrittliche Rohstoffe für die SAF-Produktion anerkannt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406210229** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Verschiedene Änderungen der Nationalen Biomassestrategie**

Beschreibung:
Rolle von Importen berücksichtigen, keine zusätzlichen Einschränkungen für nachhaltigere Biokraftstoffe.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

5. **Verschiedene Änderungen in der nationalen Umsetzung der RED II- Novelle**

Beschreibung:
Ambitionierte und zeitnahe Umsetzung der Revision der EU Erneuerbare-Energien-Richtlinie mit Erhöhung des THG-Minderungs-Mandats unter Beibehaltung der sektoralen Ziele für Straße, Marine und Luftfahrt, uneingeschränkter Nutzung aller RED-konformen und

zertifiziert nachhaltigen Roh- und Kraftstoffe sowie Technologien, Stärkung von Zertifizierungs- und Kontrollprozessen. Um die Treibhausgasquote und die rechtlichen Vorgaben im Jahr 2026 effizient und kostengünstig umzusetzen, benötigen Marktteilnehmer klare Zeitvorgaben und ausreichend Zeit zur Umsetzung, insb. angesichts bedeutender Veränderungen auf dem Markt aufgrund erhöhter Ambition und der Abschaffung der Doppelzählung für fortschrittliche Biokraftstoffe - Abschaffung der Doppelzählung muss rückwirkend zum 1.1.26 umgesetzt werden.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 19.06.2025
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 36 [alle RV hierzu]; BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]; BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2507210005** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2509290028** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

   Versendet am 16.09.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2512080018** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.11.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. **SG2602250003** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.02.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **SG2610210022** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

6. **Einführung: Genehmigungsfreiheit für Trafostationen und weitere Nebenanlagen**

   Beschreibung:
   Die Baugenehmigungsfreiheit für Trafostationen und sonstige Nebeneinrichtungen von Ladestationen sollte ohne Beschränkungen und Zusatzkriterien schnellstmöglich in den Landesbauordnungen verankert werden.
   Sofern Maßbeschränkungen für Transformatoren unvermeidlich sind, sollte mindestens eine Bruttogrundfläche von 20m² von der Genehmigungspflicht ausgenommen werden, um den genehmigungsfreien Bau der Mehrzahl der Ladeinfrastrukturvorhaben zu ermöglichen.

   Interessenbereiche:
   Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

7. **Keine Erhebung der Gasspeicherumlage an Grenzübergangspunkten**

Beschreibung:
Die Erhebung an Grenzpunkten hat das Potenzial, den EU Gashandel negativ zu treffen, da Nachbarländer künftig ähnliche Gebühren erheben könnten. Deshalb sollte die Umlage nur auf inländische Verbraucher angewendet werden. Derzeit wird die Gasspeicherumlage in Höhe von 2,50 €/MWh auch bei Ausspeisepunkten zu anderen Ländern erhoben. Dies führt dazu, dass der Gasexport aus Deutschland praktisch zum Erliegen gekommen ist. Da Gashändler kein Gas mehr exportieren, wird auch keine Umlage eingenommen. Und da keine Transportkapazitäten gekauft werden, stehen diese leer und erhöhen die Kosten für alle übrigen Kunden inklusive der deutschen Industrie.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 17.06.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

8. **Verschiedene Änderungen der 10. BImSchV**

Beschreibung:
Novellierung der 10. BImSchV, Ermöglichung des Verkaufs von rein paraffinischem Dieselkraftstoff
(HVO 100) und Diesel mit bis zu 10 % Biodieselbeimischung (B 10).

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 621/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SaubFahrzeugBeschG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

9. **Verschiedene Änderungen am Ausschreibungsdesign des Lkw-Ladenetzes**

Beschreibung:
bp/Aral begrüßt die Initiative des Bundes für einen Aufbau eines initialen Lkw-Ladenetzes auf den unbewirtschafteten Rastanlagen entlang der Bundesautobahnen. Aus unserer Sicht beeinträchtigt das Ausschreibungsmodell in dieser Form jedoch Investitionen in

Ladeinfrastruktur für E-Lkw. Insbesondere die Verpflichtung des Durchleitungsmodells sehen wir kritisch.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409270051** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Verbesserung verschiedener Rahmenbedingungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur**

Beschreibung:
1) Einheitliche Baugenehmigungsregelung für Trafostationen (ohne Maßbeschränkungen)
2) Bundesweite Einführung des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens
3) Standardisierung der Unterlagenanforderungen
4) Digitalisierung und Ausbau der Kapazitäten in Bauämtern
5) Standardisierte, transparente und digitale Antragstellung für Netzanschlüsse
6) Verbindlicher Zeitplan für die Errichtung eines Netzanschlusses
7) Verpflichtung zu vorausschauendem Netzausbau

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412190037** (PDF - 13 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.12.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

11. **Forderungen für die Stärkung der Elektromobilität in Deutschland**

Beschreibung:
1) Steuerliche Anreize für E-Fahrzeuge & Vorgaben für behördliche Flotten
2) Förderung & steuerliche Anreize für Ladestationen

3) Steuervorteile für E-Fahrzeuge
4) Förderung von E-Fahrzeugen
5) Konsistente, ambitionierte Förderstrategie für E-Mobilität mit Maßnahmen zur Beschleunigung d. Ausbaus öffentlicher & privater Ladeinfrastruktur
6) Verlängerung & Verstetigung bestehender Förderprogramme für E-LKWs und HDEVs
7) Marktorientierte Investitionsförderung für Megawatt-Ladestationen, um EU-Ziele für öffentl. LKW-Ladeinfrastruktur bis 2030 zu erreichen
8) Förderprogramm zum Errichten von Schnellladepunkten in Handel, Gastronomie & Gastgewerbe
9) Vereinfachung & Beschleunigung des Netzanschlusses von Ladesäulen

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

12. **Bundesweite Aufhebung des Sonn- und Feiertagsverbots für Autowäsche**

Beschreibung:
Aktuell dürfen Tankstellenbetreibende an Sonn- und Feiertagen in sechs Ländern grundsätzlich keine Waschkundschaft bedienen und in fünf Ländern gelten verschiedene Einschränkungen. Im Sinne einer nachvollziehbaren, praktischen Regelung für die Kundschaft und um die Benachteiligung für die Tankstellen in „Verbotsländern“ aufzuheben, sollten Bund und Länder an einer einheitlichen Liberalisierung arbeiten. Eine Möglichkeit wäre, zumindest Portalwaschanlagen zu erlauben, die im geschlossenen Raum ohne sichtbare Arbeit oder Lärmbelästigung waschen und ohne Personal betrieben werden.

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]

13. **Grundsätzliche Positionen anlässlich der Bundestagswahl 2025**

Beschreibung:
- Biokraftstoffe sind entscheidend für Klimaziele und sollten verstärkt im Straßen- und Luftverkehr genutzt werden.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur sind notwendig.
- Wasserstoffkosten müssen gesenkt und Anreize für Zahlungsbereitschaft geschaffen werden.
- Raffinerien müssen wettbewerbsfähig bleiben mit bezahlbarer Energie und CO2-Zertifikaten sowie Technologien wie Co-Processing, CCS und Kreislaufwirtschaft.
- Offshore-Wind Ausbau sollte durch Planungs- und Investitionssicherheit attraktiver werden.
- CCS braucht gesetzliche Rahmenbedingungen.
- Sonn- und Feiertagsregelungen für Autowäsche sollten einheitlich liberalisiert werden.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft-

und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503190004** (PDF - 20 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Anpassung EU Delegierter Rechtsakt RFNBO**

Beschreibung:
Verschiebung der Additionalität und stündlichen Korrelation auf das Jahr 2035

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506200066** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

15. **Verschiedene Änderungen: Masterplan Ladeinfrastruktur 2030**

Beschreibung:
Die BP Europa SE bewertet den Masterplan-Entwurf insgesamt sehr positiv, insbesondere die Stärkung des privatwirtschaftlichen Ausbaus und die Maßnahmen zur Verbesserung der Netzanschlussprozesse. Kritisch wird das Fehlen eines verbindlichen Umsetzungszeitplans gesehen; zudem wird angeregt, die Wirksamkeit der Maßnahmen messbar zu gestalten und konkrete Fristen festzulegen. Besonders wichtig ist bp die Senkung der Stromabgaben und eine praxisnahe, unbürokratische Förderung, um die Wirtschaftlichkeit und den Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter zu verbessern.

Interessenbereiche:
Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510310009** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

16. **Verschiedene Änderungen: Versorgungsauflage**

Beschreibung:
Rahmenbedingungen verbessern:
1) Vereinheitlichung der 16 Landesbauordnungen
2) Standardisierung & Digitalisierung der Netzanschlussverfahren mit gesetzlich geregelten Bearbeitungs- und Umsetzungszeiten.

Alternativvorschläge:
1) Tankstellenunternehmen werden verpflichtet, bis zum 01.01.2028 eine bestimmte Gesamtladeleistung zu installieren
2) Tankstellenunternehmen müssen standortunabhängig bis zum 01.01.2028 eine bestimmte Anzahl an Ladepunkten installieren, die der Anzahl ihrer deutschlandweit betriebenen Eigentümerstandorte entspricht.

Betroffenes geltendes Recht:
GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512080015** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. **Umsetzung der EU-Methanverordnung**

Beschreibung:
Die EU-Methanverordnung verlangt, dass weltweit Importe in die EU bei Rohöl und Erdgas /LNG ab 2027 hohen europäischen Monitoring-, Reporting- und Verifizierungsstandards für Methan (MRV) genügen. Dies ist in so kurzer Zeit nicht erreichbar und gefährdet die Versorgungssicherheit von Energie in Europa. Importeure benötigen eine realistische und pragmatische Umsetzung der Anforderungen. Daher gilt es, schnell rechtssichere Lösungen zu erarbeiten.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

18. **Änderungen im Windenergie-auf-See-Gesetz**

Beschreibung:
bp setzt sich im Rahmen der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) für eine gesetzliche Übergangsregelung für die in den Jahren 2023 bis 2025 bezuschlagten Offshore-Wind-Projekte ein. Ziel ist eine zeitlich befristete, rechtssichere Möglichkeit zur Rückgabe und Neuausschreibung von Flächen, deren Wirtschaftlichkeit sich durch nicht vorhersehbare äußere Umstände wie erhebliche Netzanbindungsverzögerungen und Kostensteigerungen in der Lieferkette grundlegend verändert hat. So sollen die Investitionssicherheit, das Vertrauen in das Ausschreibungssystem und das Erreichen der deutschen Offshore-Ausbauziele gesichert werden.

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

19. **Änderungen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG)**

Beschreibung:
bp setzt sich für einen fairen und verlässlichen Zugang zu BEHG-Zertifikaten entsprechend der jeweiligen Verpflichtungsgröße sowie gegen eine weitere Erhöhung des Überschusspreises ein.

Betroffenes geltendes Recht:
BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610210016** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

20. **Rahmenbedingungen für den Tankstellenmarkt**

Beschreibung:
bp setzt sich für verlässliche wettbewerbliche Rahmenbedingungen im Tankstellenmarkt ein. Die Interessenvertretung bezieht sich insbesondere auf regulatorische, steuerliche und wettbewerbsrechtliche Vorhaben, die sich auf die Rahmenbedingungen für den Tankstellenmarkt auswirken können.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610220004** (PDF - 50 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (14):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 25.380.001 bis 25.390.000 Euro
   Zuwendung aus dem Sondervermögen "Klima- und Transformationsfonds" (KTF) für das Projekt "LGH2 - Lingen Green Hydrogen - 100 MW Elektrolyse-Anlage"

2. **Bundesland Niedersachsen**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Hannover
   Betrag: 10.650.001 bis 10.660.000 Euro
   Zuwendung aus dem Haushalt des Bundeslands Niedersachsen für das Projekt "LGH2 - Lingen Green Hydrogen - 100 MW Elektrolyse-Anlage"

3. **Bundesministerium für Digitales und Verkehr**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
   Förderprogramm Entwicklung regenerativer Kraftstoffe im Rahmen des SAFari Projekts

4. **European Climate, Infrastructure and Enviroment Executive Agency**
   Europäische Union

Brüssel
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
ABATE Projekt Zuschuss

5. **DEHSt (Deutsche EmissionsHandelsStelle)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 10.980.001 bis 10.990.000 Euro
   Förderrichtlinie Beihilfen für indirekte CO2-Kosten (Strompreiskompensation)
   Bewilligung Raffinerie BP Lingen

6. **DEHSt (Deutsche EmissionsHandelsStelle)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 22.460.001 bis 22.470.000 Euro
   Förderrichtlinie Beihilfen für indirekte CO2-Kosten (Strompreiskompensation)
   Bewilligung Ruhr Oel GmbH BP Gelsenkirchen

7. **Bezirksregierung Arnsberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Dortmund
   Betrag: 550.001 bis 560.000 Euro
   Förderung von E-Ladesäulen

8. **Bezirksregierung Arnsberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Dortmund
   Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
   Förderung von E-Ladesäulen

9. **Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Stuttgart
   Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro
   Förderung von E-Ladesäulen

10. **Bayern innovativ - Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**
    Deutsche Öffentliche Hand – Land
    Nürnberg
    Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro
    Förderung von E-Ladesäulen

11. **Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Aurich
    Betrag: 530.001 bis 540.000 Euro
    Förderung von E-Ladesäulen

12. **European Climate, Infrastructure and Enviroment Executive Agency (CINEA)**
    Europäische Union
    Brüssel
    Betrag: 8.960.001 bis 8.970.000 Euro
    Förderung von E-Ladesäulen

13. **Ministère de l'Économie**
    Mitgliedstaat der EU
    Luxemburg
    Luxemburg
    Betrag: 1.120.001 bis 1.130.000 Euro
    Fördergelder für E-Ladeinfrastruktur

14. **Ministère de l'Économie**
    Mitgliedstaat der EU
    Luxemburg
    Luxemburg
    Betrag: 620.001 bis 630.000 Euro
    Fördergelder für E-Ladeinfrastruktur

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

BPESE_Jahresabschlussbericht2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

bp-code-of-conduct2026.pdf